



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 27.03.08

Hagedorn: „Austermann will Entscheidungen zu möglichen CO2-Speichern und neuen Kohlekraftwerken übers Knie zu brechen!“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn kritisiert die Vorgehensweise von Wirtschaftsminister Austermann zur möglichen Errichtung von unterirdischen CO₂-Lagern in Ostholstein und Nordfriesland als intransparent und vorschnell. Hagedorn: „Es ist sicher kein Zufall, dass Herr Austermann jetzt - da es noch kein fertiges Bundesgesetz zur CCS-Technik gibt – fast ‚durch die kalte Küche‘ auf entscheidende Weichenstellungen für CO₂-Endlager unter den Füßen der Ostholsteiner und Nordfriesen in den beiden wichtigsten Tourismusregionen des Landes drängt. Ohne klare gesetzliche Rahmenbedingungen für diese noch völlig unausgereifte und nicht einmal perspektivisch wirtschaftliche Technik zu haben, soll offenbar mit dem Energiemonopolisten RWE Hand in Hand das argumentative Fundament für dann angeblich ‚umweltfreundliche‘ neue Kohlekraftwerke in Brunsbüttel und Kiel gelegt werden. Entscheidungen solcher Tragweite ‚übers Knie zu brechen‘, ist ganz sicher nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Ostholstein und Schleswig-Holstein! Anstatt sich für überflüssige Kohlekraftwerke oder längere

Laufzeiten für die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel einseitig im Interesse der Energiemonopolisten zu engagieren, sollte Austermann lieber bei E.on auf die Erdverkabelung der drei 110-KV-Trassen im Land drängen, um in Schleswig-Holstein endlich den dort zu verantwortenden Skandal von Windstromblockaden durch Netzengpässe zu beenden. Regenerative, dezentrale Energieanlagen sind und bleiben in Schleswig-Holstein die volkswirtschaftlich und ökologisch vernünftigste Lösung für Bürger ebenso wie für Touristen.“

Wirtschaftsminister Austermann hatte am 11. März auf einer eilig in Kiel anberaumten Veranstaltung Bohrungen des Energieriesen RWE in Ostholstein und Nordfriesland angekündigt – die Einladungen zu dieser Informationsveranstaltung in Kiel landeten verspätet am 12.März (!) bei den Bundestagsabgeordneten, die zeitgleich Sitzungswoche in Berlin hatten. Hagedorn: „Diese Vorgehensweise allein ist gegenüber allen Bundestagsabgeordneten ein Affront, der nur durch übertriebene Hektik oder den mangelnden Willen zur Transparenz zu erklären ist – beides ist unverantwortlich bei einem derartig sensiblen Thema!“

Fakt ist, dass die Bundesregierung zunächst bis Ende 2008 entsprechende EU-Richtlinien zur Regelung der CCS-Technik abwarten will, bevor ein nationales Gesetz vorgelegt wird, das dann voraussichtlich noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden soll. Hagedorn: „Man darf gespannt sein, ob dieser Zeitplan reibungslos klappt, denn die Federführung im Kabinett für das CCS-Gesetz hat Umweltminister Sigmar Gabriel, der bei energiepolitischen Gesetzesvorhaben regelmäßig ‚Gegenwind‘ von Wirtschaftsminister Glos (CSU) erfährt, was erfahrungsgemäß noch nie zur Beschleunigung beigetragen hat.“ Bei der nationalen Gesetzgebung werden die Regelungen zu Boden- und Wasserrecht, Immissionsschutz bei Abscheidung, Transport, Sicherheit, Kosten und Monitoring

eine herausragende Rolle spielen – selbstverständlich wird dieses Bundesrecht in allen Ländern bei möglichen Genehmigungen verbindlich gelten - Landesbehörden sind zwar Prüfungs- und Aufsichtsbehörden, werden aber das Bundesrecht anwenden müssen. Die Energieunternehmen selbst werden ohne einen verbindlichen Rechtsrahmen kaum Investitionen tätigen, um ‚auf der sicheren Seite‘ zu sein. Hagedorn: „Angesichts dieser Rechtslage macht es misstrauisch, dass Minister Austermann in Schleswig-Holstein bei CO₂-Speicher-Erkundungen derartig auf's Tempo drückt und im März im Bundesrat dafür Landesgenehmigungen nach Bergbaurecht gefordert hat – das Bergbaurecht ist aber ausschließlich für eine vorübergehende Einbringung in den Boden anwendbar. Will er die auf Bundesebene zu formulierenden strengen Auflagen im Sinne der Sicherheit für Bürger und Umwelt ‚aushebeln‘?“

Besonders befremdlich sei es angesichts dieser Rechtslage und zeitlichen Abläufe, dass RWE nach eigenen Aussagen bereits „ab 2014 eine Nutzung der CO₂-Speicher in Schleswig-Holstein auf 40 Jahre mit 100 Mio. Tonnen Kohlendioxid“ anstrebt, obwohl nach seriösen Expertenschätzungen die nötige Technik zur CO₂-Abspaltung aus Kohlekraftwerken nicht vor 2020 verfügbar ist. Hagedorn: „Die Technik ist so aufwendig, dass ihr Einsatz die Strompreise mindestens verdoppeln wird, weil die Effizienz der Energieerzeugung fast halbiert wird – das ist das Gegenteil einer ökologisch vernünftigen Energieerzeugung angesichts des Klimawandels. In Wahrheit wird diese noch völlig unausgereifte Technik von RWE und Austermann ins Spiel gebracht, um die Akzeptanz in der Bevölkerung für neue, bisher nicht genehmigte Kohlekraftwerke in Kiel und Brunsbüttel unter dem Deckmäntelchen des technischen Fortschritts mit angeblichem Öko-Touch zu erreichen. Kohlekraftwerke sollen bevorzugt in der Nähe möglicher CO₂-Lagestätten und Häfen gebaut

werden – so soll das CO₂ über Pipelines quer durchs Land abgeführt und die Kohle über den Seeweg angeliefert werden.“ Diesem Wunschszenario der Energiemonopolisten folgend würden das im Trend eine Verlagerung von Kohlekraftwerken vom Süden und Osten der Republik in den Norden bedeuten. Hagedorn: „Ob dieses Szenario für Schleswig-Holstein von Bürgern und Politikern gewollt ist, wage ich zu bezweifeln. Wenn es Herrn Austermann um die Energiesicherheit im Lande und auch künftig bezahlbare Strompreise geht, wäre es glaubwürdiger, anstatt von neuen Kohlekraftwerken, Pipelines quer durchs Land und CO₂-Speichern in 2500 m Tiefe zu träumen, mit E.on Tacheles zu reden und die drei 110-kV-Trassen in den Küstenregionen mit Erdkabeln zügig auszubauen, damit der bereits heute CO₂frei erzeugte Strom aus Windkraftanlagen nicht länger durch Netzengpässe blockiert wird, sondern in den Haushalten ankommt. Ein Land mit den Chancen Schleswig-Holsteins bei dezentralen, regenerativen Energien hat es nicht nötig, sich von den Energiemonopolisten mit durchsichtiger Interessenlage durch unausgereifte technische Experimente ködern zu lassen.“